

Vorlage
für die Sitzung des Senats
am 7. Februar 2012

Ausbildungsplanung 2012

A. Problem

Der Senat beschließt jährlich die Ausbildungsplanung für das Land und die Stadtgemeinde Bremen, dies umfasst auch die Festlegung der Aufstiegszahlen von der Laufbahngruppe 1 in die Laufbahngruppe 2 für den Bereich der Allgemeinen Dienste (ehemals allgemeiner Verwaltungsdienst). Generell muss hierbei bedacht werden, dass aufgrund des neuen Laufbahnrechts der sog. Praxisaufstieg nur noch unter ganz besonderen Bedingungen möglich ist. Ferner ist für die Festlegung der Aufstiegszahlen zu berücksichtigen, dass einigen Beamtinnen und Beamten der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt (ehemals mittlerer allgemeiner Verwaltungsdienst) insbesondere in der Sozialverwaltung bereits Aufgaben der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt übertragen wurden, weil nicht genügend geeignetes Personal zur Verfügung stand.

In den Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2011 bis 2013 hat sich der Senat verpflichtet, im bremischen öffentlichen Dienst einschließlich der Sonderhaushalte, Eigenbetriebe und Gesellschaften eine Ausbildungsquote¹ in der Höhe von 7,5% bis 8,0 % pro Jahr zu verwirklichen. Darüber hinaus sollen im Rahmen dieser Vereinbarungen in Ausbildungsgängen, die nicht für den eigenen Personalbedarf vorgesehen sind, vorrangig Bewerberinnen und Bewerber berücksichtigt werden, deren Chancen auf einen Ausbildungsplatz aufgrund von schlechteren Voraussetzungen als geringer eingestuft werden.

Die Beschlüsse über die Einstellungen im Jahr 2012 werden vor dem Hintergrund folgender Faktoren zu treffen sein:

- Die öffentlichen Dienstleistungen der bremischen Verwaltung müssen auch zukünftig, trotz des deutlich verringerten Personalbestandes weiterhin in hoher Qualität bereitgestellt werden. In den kommenden 10 Jahren werden im bremischen öffentlichen Dienst zahlenmäßig starke Jahrgänge in den Ruhestand gehen. Daher ist es wichtig, dass durch Einstellungen und eine qualitativ hochwertige Ausbildung für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt und für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt dazu beigetragen wird, eine differenzierte und ausgewogene Personalstruktur zu erreichen. Die Implementierung des dualen Studiengangs „Public Administration B.A.“ für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt in der Fachrichtung Allgemeine Dienste an der Hochschule Bremen macht es erforderlich, dass hierfür auch die erforderlichen Rahmenbedingungen im Aus- und Fortbildungszentrum geschaffen werden, da sich aus

¹ Die Ausbildungsquote (=Ausbildungsvolumen - Auszubildende nach dem Berufsbildungsgesetz einschl. der Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH, Praktikantinnen und Praktikanten in den Sozialberufen, Beamtenanwärterinnen und -anwärter sowie Referendarinnen und Referendare - dividiert durch das Beschäftigungsvolumen) bezieht sich auf die Kernverwaltung, die Sonderhaushalte, die Betriebe, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts.

den praktischen Studieninhalten besondere Anforderungen ergeben. Darüber hinaus sehen die politischen Leitlinien besonders im Bereich der Allgemeinen Dienste bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen im Beruf Verwaltungsfachangestellte/r (Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt) eine Steigerung der Anzahl von Auszubildenden mit einem Schulabschluss auf mittlerem Niveau (Hauptschule, Realschule oder vergleichbar) vor.

- Der demografische Wandel hat bereits in einigen Bereichen zu einem Rückgang der Zahl der Bewerberinnen und Bewerber um Ausbildungsplätze geführt. Es kommt bereits jetzt schon zu einem Wettbewerb bei der Gewinnung von geeigneten Ausbildungsplatzbewerberinnen und Bewerbern, dem sich der öffentliche Dienst stellen muss. Daher wird es für das Land und die Stadtgemeinde Bremen zunehmend wichtig sein, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber zu steigern und durch geeignete Marketingmaßnahmen bekannt zu machen.
- Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der bremischen Bevölkerung wächst kontinuierlich und beträgt zurzeit etwa 27%. Diese Quote wird derzeit in der Beschäftigtenstruktur des öffentlichen Dienstes nicht widerspiegelt. Es wird zunehmend wichtig sein, alle ethnischen Gruppen der Bevölkerung für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst zu interessieren und als potenzielle Bewerberinnen und Bewerber zu gewinnen. Dies dient unter anderem dem Gewinn interkultureller Fähigkeiten und spezieller Fremdsprachkompetenzen für die öffentliche Verwaltung. Ziel ist es, dass die öffentliche Verwaltung langfristig die Bevölkerungsstruktur widerspiegelt. Darüber hinaus ist es angesichts der Bevölkerungsentwicklung ohnehin erforderlich, alle Personalpotenziale zu erschließen.

B. Lösung

Auf der Basis der Haushaltsentwürfe berücksichtigt die jetzige Planung zum einen die unabwiesbaren Personalbedarfe für die Personalsegmente, in denen nur speziell für den öffentlichen Dienst ausgebildet wird.

Um insbesondere für die Fachrichtung Allgemeine Dienste Bewerber/-innen mit einem mittleren Bildungsabschluss (Realschule oder vergleichbar) zu gewinnen, sollen die Ausbildungsplätze zur/zum Verwaltungsfachangestellten mindestens zu 65 % mit entsprechend qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern besetzt werden. Sollte diese Quote bei der Besetzung der Ausbildungsplätze nicht realisiert werden, sind die unbesetzt gebliebenen Ausbildungsplätze mit Bewerberinnen und Bewerbern zu besetzen, die einen höheren Schulabschluss erlangt haben.

Das Land und die Stadtgemeinde Bremen wird zum anderen weiterhin Ausbildungsplätze in diversen anderen Ausbildungsberufen (Anlagenmechaniker/-in, Fachinformatiker/-in, Gärtner/-in etc.) nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) anbieten, um das Ausbildungsplatzangebot aufrecht zu erhalten, um in Teilbereichen für den eigenen Bedarf auszubilden und darüber hinaus auf dem Ausbildungsmarkt benachteiligten jungen Menschen eine Perspektive zu eröffnen. Mit der Durchführung dieser Ausbildungsmaßnahmen werden das Aus- und Fortbildungszentrum (AFZ) und/oder die Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH (ABiG) beauftragt, wobei die ABiG in der Regel primär Ausbildungsmaßnahmen für benachteiligte junge Menschen und im Verbund mit Betrieben der Wirtschaft abwickelt.

I. Ausbildungsgänge/Ausbildungsberufe des öffentlichen Dienstes

Die Anzahl der Auszubildenden/Anwärterinnen bzw. Anwärter, die innerhalb und nur für den öffentlichen Dienst ausgebildet werden (sog. personalbedarfsbezogene Ausbildungsgänge), wird zur Vermeidung von Personalüberhängen unter Berücksichtigung des sich abzeichnenden Personalersatzbedarfs festgelegt.

Folgende Einstellungen für eine Ausbildung/ein Studium werden vorgeschlagen:

1. Fachrichtung Allgemeine Dienste

1.1 Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt (ehemals gehobener allgemeiner Verwaltungsdienst)

Zum 1. September 2012 werden **21** Verwaltungsinspektor-Anwärterinnen und -Anwärter für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt eingestellt. Die theoretische Ausbildung erfolgt im dualen Studiengang Public Administration an der Hochschule Bremen. Die praktische Ausbildung wird in bremischen Dienststellen durchgeführt. Sollten sich weitere Bedarfe ergeben, werden diese insbesondere durch Absolventinnen und Absolventen des Europäischen Studiengangs Wirtschaft und Verwaltung (ESWV) an der Hochschule Bremen gedeckt.

1.2 Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt (ehemals mittlerer allgemeiner Verwaltungsdienst)

Zum 1. September 2012 ist die Einstellung von **22** Verwaltungsfachangestellten vorgesehen.

Für die Betreuung der Studentinnen und Studenten in den praktischen Studienphasen wird eine zusätzliche Stelle im AFZ bereitgestellt. Darüber hinaus wird zur Sicherstellung des dienstbegleitenden Unterrichts aller Auszubildenden in den unterschiedlichen Fachgebieten an der Verwaltungsschule der Freien Hansestadt Bremen eine weitere Stelle ausgewiesen.

1.3 Lebensmittelkontrolleur-Dienst

Zum 1. Juli 2012 ist die Einstellung von **2** Lebensmittelkontrolleurinnen/ Lebensmittelkontrolleuren vorgesehen, die eine zweijährige Fortbildung absolvieren.

1.4 Aufstieg für Beamtinnen und Beamten der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt in die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt

1.4.1 Zum 1. September 2012 werden **20** Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt, die im Jobcenter oder im Amt für Soziale Dienste in den Bereichen Grundsicherung, Arbeitsvermittlung, Wirtschaftlichen Jugendhilfe bzw. Leistungsgewährung tätig sind und die bereits mit Aufgaben der Laufbahngruppe 2 betraut sind und denen bereits ein Amt mit der Besoldungsgruppe A 9 übertragen wurde zum Aufstieg zugelassen.

1.4.2 Weitere **15** Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt werden am 1. Februar 2013 zum Aufstieg für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt zugelassen.

2. Fachrichtung Polizei, Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt

Zum 1. Oktober 2012 werden **33** Anwärterinnen und Anwärter durch die Polizei in Bremen und **7** Anwärterinnen und Anwärter durch die Ortspolizeibehörde Bremerhaven eingestellt. Darüber hinaus ist es geplant, dass im Jahr 2013 50 und im Jahr 2014 60 Anwärterinnen und Anwärter eingestellt werden sollen. Hierüber wird der Senat zu gegebener Zeit entscheiden.

3. Fachrichtung Feuerwehr

3.1 Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt (ehemals mittlerer feuerwehrtechnischer Dienst)

Zum 1. Oktober 2012 werden **21** Anwärterinnen und Anwärter für die Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt eingestellt.

4. Fachrichtung Justiz

4.1 Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt (ehemals gehobener Justizdienst)

Zum 1. Oktober 2012 sollen **6** Rechtspfleger-Anwärterinnen und Rechtspfleger-Anwärter eingestellt werden.

4.2 Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt (ehemals mittlerer Justizdienst)

Zum 1. September 2012 ist die Einstellung von **8** Justizfachangestellten vorgesehen.

5. Fachrichtung Steuerverwaltung

5.1 Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt (ehemals gehobener Steuerverwaltungsdienst)

15 Anwärterinnen und Anwärter werden zum 1. Oktober 2012 eingestellt.

5.2 Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt (ehemals mittlerer Steuerverwaltungsdienst)

Zum 1. September 2012 ist die Einstellung von **20** Verwaltungsfachangestellten vorgesehen, die nach einem Jahr in die zweijährige Ausbildung für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt wechseln.

Die Auszubildenden in den personalbedarfsbezogenen Ausbildungsgängen werden nach erfolgreicher Beendigung ihrer Ausbildung in ein Beschäftigungsverhältnis übernommen, soweit nicht personen- oder verhaltensbedingte Gründe entgegenstehen und die entsprechenden Haushaltsmittel für eine Übernahme zur Verfügung stehen.

II. Sonstige Ausbildungsgänge/Ausbildungsberufe

6. Ausbildung beim Aus- und Fortbildungszentrum (AFZ) und bei der Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH (ABiG)

Beim AFZ können zum 1. September 2012 **114** Auszubildende in diversen Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz eingestellt werden.

Bei der ABiG können zum 1. September 2012 **46** Auszubildende eingestellt werden, die entweder im Verbund mit Betrieben der Wirtschaft ausgebildet werden, zu der Gruppe von benachteiligten Ausbildungsplatzsuchenden gehören oder deren Ausbildung im Rahmen einer Sondermaßnahme durchgeführt wird.

In diesem Bereich sollte es möglich sein, je nach der konkreten Entwicklung der Bewerber- und Bewerberinnenzahlen, dass die Verteilung der Ausbildungsplätze auf AFZ und ABiG unter Berücksichtigung der o.g. Gesamteinstellungszahlen flexibel bleibt. Eine eventuelle Verlagerung der Ausbildungsplätze darf den unter **D.** angegebenen Finanzrahmen nicht überschreiten.

III. Verbesserung von Chancen für junge Menschen mit Migrationshintergrund durch Berufsausbildung

Die Senatorin für Finanzen als Verantwortliche für ressortübergreifendes Personalmanagement wird die öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten fortführen und weiter entwickeln, um den Prozess der Gewinnung, Einstellung und Integration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in den Bremischen öffentlichen Dienst zu fördern.

IV . Ausbildungsquote 2012

Unter Berücksichtigung der Einstellungen in den bedarfsbezogenen Ausbildungsgängen, in den Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz sowie der Praktikantinnen und Praktikanten des Sozialdienstes könnten im Jahr 2012 insgesamt **451 Ausbildungsplätze** bereitgestellt werden (vgl. **Anlage 1**).

Die vom Senat angestrebte Ausbildungsquote von 7,5 % wird im Jahr 2012 erneut überschritten. Sie wird im Jahr 2012 voraussichtlich mindestens 8,5 % betragen.

C. Alternativen

Werden nicht vorgeschlagen.

D. Finanzielle/personalwirtschaftliche Auswirkungen/Genderprüfung

Es entstehen folgende Aufwendungen für die personalbedarfsbezogenen Ausbildungsgänge in Euro:

Fachrichtung	Anzahl der Einstellungen		2012	2013	2014	2015	Ins-gesamt
Allgemeine Dienste	21	Anwärter/-innen für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt	84.168	252.420	252.420	168.336	757.344
		Sachkosten für die Anwärter	31.500	63.000	63.000	63.000	220.500
	2	Lebensmittelkontrolleure	18.288	36.580	18.288		73.156
	22	Verwaltungsfachangestellte	81.840	255.200	255.200	163.680	755.920
Polizei - Bremen	33	Anwärter/-innen	105.534	422.070	422.070	316.602	1.266.276
Feuerwehr	21	Anwärter/-innen für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt	65.709	262.920	65.709	0	394.338
Justiz	8	Justizfachangestellte (Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt)	33.248	99.760	99.760	66.496	299.264
	6	Rechtspfleger-Anwärter/innen Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt)	18.036	72.120	72.120	54.108	216.384
Steuerverwaltung	20	Verwaltungsfachangestellte (für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt)	74.400	224.720	227.800	151.840	678.760
	15	Anwärterinnen und Anwärter für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt	45.090	180.300	180.300	135.270	540.960
Insgesamt	148	Auszubildende	557.813	1.869.090	1.656.667	1.119.332	5.202.902

Polizei - Bremerhaven	7	Anwärter/-innen	22.386	89.530	89.530	67.158	268.604
-----------------------	---	-----------------	--------	--------	--------	--------	---------

Für die 114 Ausbildungsplätze im Bereich des AFZ und für die 46 Ausbildungsplätze bei der ABiG entstehen folgende Aufwendungen in Euro:

Bereich	Anzahl der Einstellungen	Dauer Jahre	2012	2013	2014	2015	2016	Insgesamt
Berufe nach dem BBiG beim AFZ	75	3	311.750	935.250	935.250	623.500		2.805.753
	39	3,5	162.110	486.330	486.330	486.330	81.055	1.702.159
Berufe nach dem BBiG bei der ABiG	46	3-3,5	121.440	376.280	415.472	353.664	28.160	1.295.016
Sach- und GmbH-Kosten für Auszubildende der ABiG			30.820	55.062	55.752	53.022	3.706	198.362
Kosten für Marketingmaßnahmen			20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	100.000
Verbundkosten inkl. Lehrmeistervergütung und soz.-päd. Begleitung (12 Fertigungsmechaniker/innen oder Industriemechaniker/innen)			22.333	17.333	44.433	35.933	15.266	135.298
Verbundkosten inkl. Lehrmeistervergütung (12 Hauswirtschaftler/innen)			21.250	21.250	21.250	21.250	0	85.000
Zwischensumme:			689.703	1.911.505	1.978.487	1.593.699	148.187	6.321.588
Erstattung durch Verbundpartner			0	0	38.496	76.992	0	115.488
Kosten Gesamt:	160		689.703	1.911.505	1.939.991	1.516.707	148.187	6.206.100

Die erforderlichen Mittel sind in den Haushaltsentwürfen 2012 veranschlagt bzw. in den Planungen ab 2013 berücksichtigt. Die Haushaltsmittel werden im Haushaltsvollzug 2012 aus dem Produktbereich 92.02 „Zentral veranschlagte Personalausgaben“ in die folgenden, dezentralen Personalbudgets verlagert: 07.01 „Polizei“, 07.02 „Feuerwehr“, 11.90 „Sonstiges Justiz“, 91.01 „Finanzsteuerung“ und 91.03 „Personal- und Verwaltungsmanagement“. Haushaltsmittel für die zwei unter B. 1 (Allgemeine Dienste) erwähnten Stellen für die Betreuung der Studentinnen und Studenten sowie zur Sicherstellung des dienstbegleitenden Unterrichts sowohl für die Studentinnen und Studenten als auch für die Auszubildenden, die für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt ausgebildet werden, sind im Haushaltsaufstellungsverfahren berücksichtigt.

Im Rahmen der Einstellungen wird darauf geachtet, dass das Geschlechterverhältnis zueinander ausgeglichen ist. Darüber hinaus ist es das Ziel, weibliche Auszubildende für sogenannte Männerberufe zu gewinnen.

E. Beteiligung/Abstimmung

Die Senatsvorlage ist mit der Senatskanzlei, dem Senator für Inneres und Sport und dem Senator für Justiz und Verfassung und der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Angezeigt. Gegen eine Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz bestehen keine Bedenken.

G. Beschlussvorschlag

- (1) Der Senat beschließt die Einstellung von **21** Verwaltungsinspektor-Anwärterinnen bzw. Anwärtern für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt in der Fachrichtung Allgemeine Dienste zum 1. September 2012 sowie die Bereitstellung einer Stelle im AFZ für die Betreuung in den praktischen Studienphasen und die Schaffung einer weiteren Stelle an der Verwaltungsschule der Freien Hansestadt Bremen zur Sicherstellung des dienstbegleitenden Unterrichts.
- (2) Der Senat beschließt die Einstellung von **2** Personen für den Lehrgang für Lebensmittelkontrolleurinnen/ Lebensmittelkontrolleure zum 1. Juli 2012.
- (3) Der Senat beschließt die Einstellung von **22** Auszubildenden im Ausbildungsberuf „Verwaltungsfachangestellte/Verwaltungsfachangestellter“ zum 1. September 2012.
- (4) Der Senat beschließt, zum 1. September 2012 **20** Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt, die im Jobcenter oder im Amt für Soziale Dienste in den Bereichen Grundsicherung, Arbeitsvermittlung, Wirtschaftlichen Jugendhilfe bzw. Leistungsgewährung tätig sind und die bereits mit Aufgaben der Laufbahngruppe 2 betraut sind, die bereits ein Amt der Besoldungsgruppe A 9 inne haben und weitere **15** Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt am 1. Februar 2013 zum Aufstieg für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt zuzulassen.
- (5) Der Senat beschließt die Einstellungen von **33** Anwärterinnen und Anwärtern für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt in der Fachrichtung Polizei durch die Polizei Bremen und die Einstellung von **7** Anwärterinnen und Anwärtern durch die Ortspolizeibehörde Bremerhaven zum 1. Oktober 2012. Darüber hinaus nimmt der Senat zur Kenntnis, dass im Jahr 2013 die Einstellung von 50 Anwärterinnen und Anwärtern und im Jahr 2014 die Einstellung von weiteren 60 Anwärterinnen und Anwärtern geplant ist.
- (6) Der Senat beschließt die Einstellung von **21** Anwärterinnen und Anwärtern für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt in der Fachrichtung Feuerwehr zum 1. Oktober 2012.
- (7) Der Senat beschließt die Einstellung von **6** Rechtspfleger-Anwärterinnen und Rechtspfleger-Anwärtern zum 1. Oktober 2012.
- (8) Der Senat beschließt die Einstellung von **8** Auszubildenden im Ausbildungsberuf „Justizfachangestellte/Justizfachangestellter“ zum 1. September 2012.
- (9) Für die Fachrichtung der Steuerverwaltung beschließt der Senat die Einstellung von **15** Anwärterinnen und Anwärtern für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt zum 1. Oktober 2012 und von **20** Verwaltungsfachangestellten zum 1. September 2012, die nach dem ersten Ausbildungsjahr ihre Ausbildung als Anwärterinnen und Anwärter für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt fortsetzen.
- (10) Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass die Auszubildenden in den personalbedarfsbezogenen Ausbildungsgängen in ein Beschäftigungsverhältnis übernommen werden, soweit nicht personen- oder verhaltensbedingte Gründe entgegenstehen und entsprechende Stellen sowie Haushaltsmittel für eine Übernahme zur Verfügung stehen.
- (11) Der Senat beschließt zum 1. September 2012 die Einstellung von **114** Auszubildenden in diversen Ausbildungsberufen nach dem BBiG beim Aus- und Fortbildungszentrum (AFZ) und von weiteren **46** Auszubildenden bei der Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH (ABiG). Die Verteilung der beschlossenen Ausbildungsplätze auf AFZ und ABiG kann auf Grund der Entwicklung der Bewerber- und Bewerberinnenzahlen innerhalb des beschlossenen Finanzrahmens geändert werden.

- (12) Der Senat nimmt die derzeit beabsichtigten Gesamteinstellungen im Ausbildungsbe-
reich für das Jahr 2012 für die Kernverwaltung einschließlich der Sonderhaushalte zur
Kenntnis (Anlage 1).
- (13) Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, die bisherigen Marketingmaßnahmen fort-
zusetzen, weiter zu entwickeln und zu etablieren, damit der öffentliche Dienst des Lan-
des und der Stadtgemeinde Bremen von vielen, potenziellen Bewerberinnen und Be-
werbern als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen wird und auch in Zeiten der zu-
rückgehenden Schulabgangszahlen auf dem Ausbildungsmarkt konkurrenzfähig bleibt.
- (14) Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, die verstärkte Integration von Menschen
mit einem Migrationshintergrund in den bremischen öffentlichen Dienst durch die Aus-
bildung zu fördern.
- (15) Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, die Ausbildungsplanung 2012 an den par-
lamentarischen Haushalts- und Finanzausschuss weiterzuleiten und die erforderlichen
Beschlüsse einzuholen, damit die Haushaltsmittel für die entstehenden Personal- und
Sachausgaben zur Verfügung gestellt und Einstellungszusagen erteilt werden können.

Ausbildungsplätze im Bereich des öffentlichen Dienstes in Bremen

	2010	2011	2012
I. Personalbedarfsorientierte Ausbildungsgänge			
1. Allgemeine Dienste			
1.1 Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt	10	28	21
1.2 Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt- Verwendung im Archivdienst		1	0
1.3 Lebensmittelkontrolleure			2
1.2 Verwaltungsfachangestellte	25	22	22
Zwischensumme:	35	51	45
2. Polizei			
Polizeivollzugsdienst ¹⁾	93	98	33
Zwischensumme:	93	98	33
3. Feuerwehr			
3.1. Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt	1	0	0
3.2. Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt	35	11	21
Zwischensumme:	36	11	21
4. Justiz			
4.1 Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger	6	6	6
4.2 Justizfachangestellte/r	8	8	8
4.3 Allgemeiner Vollzugs- und Werkdienst	10	0	0
Zwischensumme:	24	14	14
5. Steuerverwaltung			
6.1 Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt	20	20	15
6.2 Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt	20	20	20
Zwischensumme:	40	40	35
Summe aus Teil I.	228	214	148
II. Auszubildende nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG), kaufmännisch- verwaltender und gewerblich-technischer Bereich (AFZ und ABiG)			
	130	130	160
III. Sozialpraktikanten/-innen, Erzieher/Erzieherinnen			
1. Erzieherin / Erzieher	55	55	55
2. Sozialarbeiter/-in / Sozialpädagoge/-in	88	88	88
Summe aus Teil III.	143	143	143
Gesamtsumme aus Teil I. bis III.	501	487	451

¹⁾ Ab dem Jahr 2008 werden die Einstellungszahlen bei der Polizei in Bremerhaven gesondert ausgewiesen. Im Jahr 2012 werden in der Stadtgemeinde Bremerhaven 7 Einstellungen vorgenommen.